

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Matthias Lammert (CDU)

Hilfeersuchen bei Abschiebungen an die Bundespolizei – Nachfrage

Die Bundespolizei wurde in der Vergangenheit mehrmals von den Bundesländern kritisiert, dass sie nicht genügend Personal für Abschiebungen vorhalten würde, obwohl die Bundesländer Abschiebungen auch selbst durchführen könnten. So setzt der Freistaat Bayern die „Polizeiinspektion Schubwesen“ eigens für Abschiebungen ein. Auch die Bundesländer Nordrhein-Westfalen und Hessen verfügen über eigene Bedienstete für die Rückführung von vollziehbar ausreisepflichtigen Personen. Ausweislich des Ausländerzentralregisters hielten sich in Rheinland-Pfalz zum Stichtag 31. Mai 2019 insgesamt 7 805 vollziehbar ausreisepflichtige Personen auf.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Wie viele Asylbewerber aus Rheinland-Pfalz müssten nach der Dublin-Verordnung in einem anderen Land ihr Asylverfahren durchlaufen (bitte nach den zuständigen rheinland-pfälzischen Ausländerbehörden aufgegliedert)?
2. Wie viele rheinland-pfälzische Polizeibeamte haben den Lehrgang „Personenbegleiter Luft“ (PBL) absolviert?
3. Wie viele Rückführungen wurde in den Jahren 2018 und 2019 durch eigene rheinland-pfälzische Polizeibeamte durchgeführt?
4. Wie viele Sammelcharter hat die Landesregierung für das Jahr 2019 geplant?
5. Wie unterstützt die Zentralstelle für Rückführungsfragen Rheinland-Pfalz die Ausländerbehörden der Stadtverwaltung Koblenz und der Kreisverwaltung Rhein-Lahn bei der Rückführung von von 337 bzw. 251 vollziehbar ausreisepflichtigen Personen?
6. Warum haben die Ausländerbehörden der Stadtverwaltung Koblenz und der Kreisverwaltung Rhein-Lahn angesichts von 337 bzw. 251 vollziehbar ausreisepflichtigen Personen im Jahr 2019 nur eine bzw. nur zwei Amtshilfeersuchen für eine begleitete Rückführung an die Bundespolizei gerichtet?
7. Wie bewertet die Landesregierung die Anregung, dass der Gesetzgeber auf Bundesebene beschließt, dass der Abbruch von Abschiebemaßnahmen auf dem Luftweg ausschließlich durch die Bundespolizei erfolgen darf?

Matthias Lammert